

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

MONTAG, 26. FEBRUAR 2024 | 80. JAHRGANG | NR. 48 | EINZELPREIS 2,40 €



Gebete für die Ukraine

Anlässlich des zweiten Jahrestags des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben am Wochenende vielerorts Solidaritätsaktionen stattgefunden, unter anderem

in Köln, Hamburg, Berlin und Frankfurt am Main (Foto). Den Tag nimmt die Bundesregierung auch zum Anlass, die Wiederaufbauhilfe um weitere 100 Millionen auf eine Mil-

liarde Euro zu verstärken. „Putin will dieses Land zermürben. Und genau das lassen wir nicht zu. Weder militärisch noch wirtschaftlich noch humanitär“, sagte Bundesaußen-

ministerin Annalena Baerbock (Grüne) am Sonntag beim Besuch der Stadt Mykolajiw. **Bericht Seite 4**

TEXT: DPA/FOTO: ANDREAS ARNOLD/DPA

Bremen hält an Umweltzone fest

Hannover schafft Auflagen ab, Stickstoffdioxidbelastung liegt seit 2020 unter den Grenzwerten

VON PETER HANUSCHKE

Bremen/Hannover. Das erste Umweltzonenschild in Hannover ist abgebaut. Mit den restlichen Schildern soll das in den nächsten sechs Wochen passieren. In Hannover wird keine grüne Plakette mehr benötigt. Der Rat der niedersächsischen Landeshauptstadt hatte im Januar einen veränderten Luftreinhalteplan beschlossen, der die Fahrverbote in der Umweltzone aufhebt und seit Donnerstag wirksam ist.

In Bremen wird sich vorerst nichts ändern: Die 80 Schilder in den Stadtteilen Altstadt, Östliche Vorstadt, in einigen Bereichen Schwachhausens sowie in großen Teilen der Neustadt bleiben stehen.

„Das wäre aus unserer Sicht ein falsches Signal“, so Ramona Schlee, Sprecherin im bremischen Umweltressort. „Gerade auch, weil sich die EU in dieser Woche auf schärfere Grenzwerte geeinigt hat.“ Zu diesen Regeln zähle beispielsweise eine Verschärfung des Grenzwerts für den Luftschadstoff Stickstoffdioxid. „Eine Aufhebung der Umweltzone wäre damit nicht sinnvoll.“

Auf welche Werte bezieht sich Hannover?

In Hannover war laut dem Dezernat Wirtschaft und Umwelt Anlass der Aufhebung, dass die Jahresmittelwerte für die Stickstoffdioxidbelastung seit 2020 an allen Messstationen unter dem Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter liegen. „Wegen der positiven Entwicklung der Immissionen musste die Stadt prüfen lassen, ob die Aufrechterhaltung der Umweltzone noch verhältnismäßig ist.“

Die Prognoserechnung des Gewerbeaufsichtsamts Hildesheim habe ergeben, dass unter Berücksichtigung ungünstigster Umstände wie meteorologische Einflüsse oder die Zunahme von Verkehr der Stickstoffdioxid-Belastungsgrenzwert auch in der am höchsten belasteten Straße ohne Umweltzone ab 2024 sichergestellt wäre.

Eine solche Prognose gibt es für Bremen nicht, die Immissionen haben sich aber ebenfalls positiv entwickelt. Dazu stellt das Umweltressort fest: „In Bremen kommt es an einzelnen Tagen – meistens, wenn die Temperaturen hoch sind – zu Überschreitungen einzelner Grenzwerte.“ Die Anzahl der Tage bleibe unter der vorgeschriebenen Schwelle, ab der Bremen Maßnahmen ergreifen müsste.

Wie hat sich der Fahrzeugbestand verändert?

Dass die Schadstoffbelastung durch Autos abgenommen hat, liegt vor allem daran, dass die aktuellen Fahrzeuge nicht mehr durchweg die sind, die noch vor Jahren auf den Straßen gefahren sind. Neuere Autos mit besserer Technik verdrängen ältere Modelle.

Ein Beispiel: Anfang 2018 lag in Bremen-Stadt der Anteil der Fahrzeuge mit der Emissionsgruppe 6 – die Kategorie mit dem niedrigsten Schadstoffausstoß – bei 20 Prozent (50.176 Fahrzeuge). Vier Jahre später hatte sich der Euro-6-Auto-Anteil am gesamten Fahrzeugbestand mit 39 Prozent (96.449 Autos) nahezu verdoppelt. Eine ganz ähnliche Entwicklung ist auch für Hannover zu verzeichnen.

Was haben Hannover und Bremen in Sachen Umweltzone gemeinsam?

In beiden Städten wurde die Umweltzone vor einigen Jahren eingeführt: 2008 in Hannover, und in Bremen ist sie am 1. Januar 2009 in Kraft getreten. In beiden Städten wurden zudem zur Verbesserung der Luft weitere Maßnahmen wie etwa Tempo-30-Zonen und Carsharing-Stellplätze umgesetzt.

Wodurch wird Feinstaub verursacht?

Feinstaub ist aus Sicht von Experten problematischer als der Luftschadstoff Stickstoffdioxid, weil Feinstaub durch die Modernisierung der Fahrzeugflotte deutlich reduziert wurde. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ wird Feinstaub verantwortlich gemacht für Erkrankungen des Herzkreislaufsystems, Lungenkrebs und Diabetes. Die Lebenszeit verkürze sich dadurch um 2,4 Jahre, schätzt Jos Lelieveld, Direktor am Max-Planck-Institut für Chemie.

Feinstaub wird von jedem Fahrzeug produziert, unabhängig von der Emissionsklasse und egal, ob es sich um ein Elektro- oder Verbrennerfahrzeug handelt. Er resultiert vor allem aus dem Abrieb von Reifen und Bremsen. Nach Angaben des Umweltbundesamts ist der Verkehr für etwa 19 Prozent des Feinstaubes verantwortlich. Der Reifenabrieb ist laut einer Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) umso höher, je schwerer der Wagen ist.

Mit der überarbeiteten Luftqualitätsrichtlinie der EU soll bis 2030 der Jahresgrenzwert für Feinstaub um mehr als die Hälfte gesenkt werden.

Energiekosten sind deutlich gestiegen

Berlin. Die Preise für Heizen, Strom und Tanken liegen nach einer Expertenanalyse rund 41 Prozent über dem Vorkrisenniveau von Anfang 2021. Für die Berechnung hat das Vergleichsportal Verivox als Grundlage einen Drei-Personen-Musterhaushalt mit einem jährlichen Wärmebedarf von 20.000 Kilowattstunden (kWh), einem Stromverbrauch von 4000 kWh und einer jährlichen Autofahrstrecke von 13.300 Kilometern verwendet. Dieser durchschnittliche Haushalt muss zurzeit 1534 Euro mehr für Energie ausgeben als im Februar 2021, wie die „Funke-Medien-gruppe“ berichtet.

Strom, Sprit und Heizung kosten den Musterhaushalt derzeit 5306 Euro im Jahr. Im Februar 2021 waren es für die gleiche Menge Energie 3772 Euro. Der Anstieg beträgt 41 Prozent. Er begann 2021 nach der Pandemie. In Deutschland verteuerten sich die Energiepreise von Herbst 2021 an rasant, nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine zogen sie weiter an.

Der Bundesverband der Verbraucherzentrale rät angesichts des weiter hohen Preisniveaus zum Anbieterwechsel, sagte Vorstandin Ramona Pop der „Funke-Medien-gruppe“. **DPA**

Ärztepräsident warnt vor Übereilung

Teil-Legalisierung von Cannabis: Bundesrat wird Ende März entscheiden

Berlin. Nach dem Bundestagsbeschluss für eine teilweise Legalisierung von Cannabis richten sich die Blicke auf die letzte Hürde im Bundesrat. Ärztepräsident Klaus Reinhardt sprach sich dafür aus, die Umsetzung dort aufzuhalten. „Umsetzen müssen das Gesetz letzten Endes die Bundesländer“, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Bei ihnen gebe es auch wegen Warnungen von Ärzteschaft, Justiz, Polizei und Pädagogen erhebliche Bedenken. „Der richtige Ort, um diese Bedenken zu artikulieren, ist der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat.“ Dort müsse das Gesetz frei von parteipolitischen Zwängen noch einmal grundsätzlich überdacht werden, sagte Reinhardt.

Der Bundestag hat am Freitag mit einer klaren Mehrheit eine kontrollierte Freigabe der Droge beschlossen. Das Gesetz soll am 22. März abschließend im Bundesrat beraten werden. Zustimmungsbefürworter ist es nicht, die Länderkammer könnte aber den Vermittlungsausschuss anrufen und das Verfahren abbremsen.

Nordrhein-Westfalen will sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Gesetz erst später in Kraft tritt. Allein in Nord-

rhein-Westfalen müsste in etlichen Fällen geprüft werden, ob verhängte Strafen ganz oder teilweise zu erlassen seien. Auch Hamburgs Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) bemängelte die Verabschiedung des Gesetzes, „ohne dass den Ländern für die Vorbereitung der Umsetzung ausreichend Zeit gegeben wird“.

Bei praktischen Fragen geht es unter an-



Seit 2019 Präsident der Bundesärztekammer: Klaus Reinhardt. FOTO: H. KAISER/DPA

derem um die Kontrolle von Besitzmengen und Abständen beim Kiffen etwa zu Schulen sowie eine Amnestie von Verurteilungen für Fälle, die künftig erlaubt sind. Betroffene können bei der Staatsanwaltschaft beantragen, dass entsprechende Einträge im Bundeszentralregister getilgt werden.

Der Deutsche Richterbund warnte – auch in Bremen – vor einer Überlastung der Justiz. Erwartet wird, dass beim Bundesamt für Justiz im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes für rund 328.000 Menschen Tilgungsmitteln von Staatsanwaltschaften ankommen und rund 50.000 Anfragen von Bürgern. Kalkuliert wird mit Mehrkosten von einmalig 1,5 Millionen Euro.

Durch die Legalisierung sei „eine stark verringerte Anzahl“ gerichtlicher Strafverfahren zu erwarten. Bisher seien bei rund 180.000 konsumnahen Cannabis-Delikten und angenommenen Gerichtskosten von je 1659 Euro jährlich etwa 300 Millionen Euro angefallen. Künftig sei davon auszugehen, dass sich die Zahl der Gerichtsverfahren um mindestens drei Viertel verringere. **DPA**

Grüne wollen Investitionsfonds auflegen

Berlin. Die Grünen schlagen einen „Deutschland-Investitionsfonds“ für Bund, Länder und Kommunen vor, um einen wirtschaftlichen Aufbruch anzustoßen. „Wir wollen im großen Stil Anreize für private Investitionen in Zukunftstechnologien setzen“, heißt es in einem Beschlussentwurf für eine Klausur der Bundestagsfraktion in Leipzig, über den zuerst der „Spiegel“ berichtet hatte. Basis für den Fonds soll eine Reform der Schuldenbremse im Grundgesetz sein, um öffentliche Investitionen dauerhaft über Kredite finanzieren zu können.

Zielen soll der Fonds auf eine Modernisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft mit nationalen Produktionsstätten für Technologien wie Solar, Wind, Wasserstoff oder Batterien. Finanziert werden sollen darüber auch Investitionen ins Schienennetz und in den Fahrradverkehr. Der Fonds soll zudem „ausreichend Mittel“ für Länder und Kommunen bereitstellen, um anteilig nötige Investitionen in Schulbauten, Busse und Bahnen, bezahlbare Wohnungen oder Schwimmbäder und Sportplätze zu finanzieren.

Konkrete Angaben zu einem Volumen des Fonds werden in dem Entwurf nicht gemacht. „Wenn man es ernsthaft angehen will, liegen wir im Bereich von Hunderten Milliarden Euro“ sagte Fraktionschefin Katharina Dröge der „Rheinischen Post“ vor der an diesem Dienstag beginnenden Klausurtagung. Im „Spiegel“ erläuterte sie, der Fonds sei auch „eine Einladung an die Länder und Kommunen“.

„Gigantischer“ Investitionsstau

„Ohne eine Reform der Schuldenbremse werden wir das Notwendige nicht finanzieren können“, heißt es in dem Entwurf. „Zu viele Jahrzehnte ist zu wenig passiert. Der Investitionsstau ist deshalb gigantisch.“ Es sei auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, den Kindern und Enkeln ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land und keine aufgeschobenen Lasten und marode Infrastruktur zu hinterlassen. „Daher sind Kredite zur Finanzierung sinnvoller politisches Handeln und die wirtschaftlich richtige Entscheidung.“ **DPA**

ÜBRIGENS ...

... ist Flaco tot. Hierzulande mag der Name nichts als Rätselraten auslösen, anders in New York City: Flaco war ein (eurasischer) Uhu, der vor gut einem Jahr aus dem Central Park Zoo entfliehen konnte, nachdem Unbekannte das Gitter seines Geheges zerschnitten hatten. Im Laufe der Monate wurde der stattliche Vogel mehrfach im und in der Gegend um den Park herum gesichtet. Er wurde fotografiert, sein Abbild wurde als Kuriosum in sozialen Medien geteilt, etwa bei einem Ausflug auf die berühmte Einkaufsstraße Fifth Avenue. Damit ist Schluss, der Vogel wurde tot geborgen. Der Central Park Zoo teilte mit, er sei nach dem mutmaßlichen Aufprall gegen ein Gebäude in Manhattan gestorben. **DPA**

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
7°	0°	40%

Im Tagesverlauf Auflockerungen
Ausführliches Wetter Seite 6

Familienanzeigen	10
Fernsehen	17
Kinderzeitung extra	24
Lesermeinung	15
Rätsel & Roman	16
Tipps & Termine	10

H 7166 • 28189 BREMEN

